

Wellbeing Economy und Beyond GDP


Neue Maßstäbe
für ein
gesellschaftliches
Wohlergehen innerhalb
planetarer Grenzen

März 2026

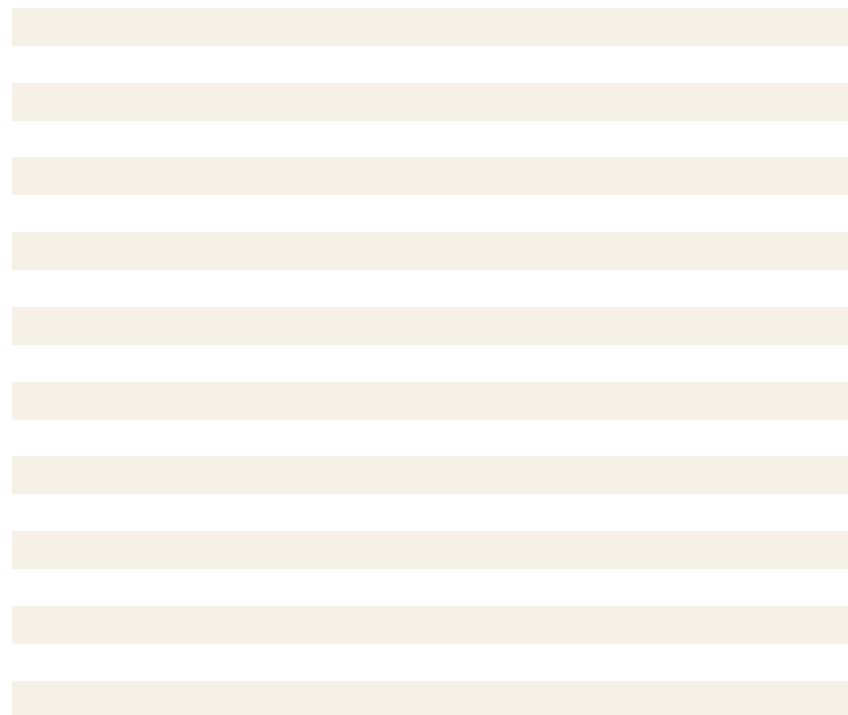
Von Maria Langsenlehner
und Katy Wiese



Mit Unterstützung vom

 Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

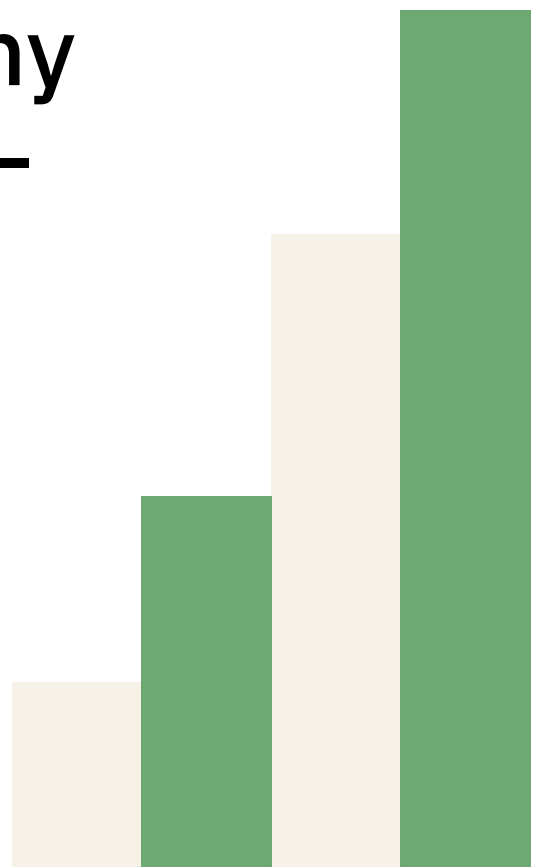


Wellbeing Economy und Beyond GDP – warum jetzt?	3
Postwachstum: Wohlergehen ohne Wachstumsziel	5
Wellbeing Economy: Gerechte Verteilung für alle	6
Beyond GDP: Fortschritt messen und Politik steuern	7
Internationale Initiativen	9
Ländersteckbriefe	11
Beyond GDP – EU und Vereinte Nationen	15
Wellbeing-Economy-Bewegung in Österreich	18
Beyond-GDP-Initiativen in Österreich	20
Fazit und Ausblick	24
Quellen und weiterführende Literatur	29

Wellbeing Economy und Beyond GDP – warum jetzt?

Der Begriff Wellbeing Economy hat in den letzten Jahren international und auf europäischer Ebene enorm an Bedeutung gewonnen. Wellbeing Economy steht sowohl für eine Bewegung als auch für ein Konzept, das das Streben nach immerwährendem Wirtschaftswachstum hinterfragt und eine Wirtschaft aufbauen will, die dem Wohlergehen der Menschen und des Planeten gleichermaßen dient. In diesem Zusammenhang hat auch die Beyond-GDP-Debatte¹ wieder an Fahrt aufgenommen: Alternative Indikatoren rücken in den Fokus, um wirtschaftlichen Erfolg jenseits des Bruttoinlandsproduktes (BIP) umfassender zu beschreiben und gesellschaftlichen Fortschritt besser abzubilden. Dass dieses Umdenken nicht nur ein Expert:innendiskurs ist, zeigt eine jüngste Umfrage: 81 % der EU-Bürger:innen sprechen sich dafür aus, nationalen Fortschritt mithilfe von Beyond-GDP-Indikatoren zu messen (siehe Infobox 1).

¹ Beyond GDP bezeichnet Ansätze, die das BIP als Wohlstandsmaß durch zusätzliche Indikatoren ergänzen, um Wohlbefinden, soziale Aspekte und Umwelt-/Nachhaltigkeitsdimensionen sichtbar zu machen und in Politik und Steuerung zu integrieren.



Infobox 1: Ein starkes Signal aus Europa:

81 % der EU-Bürger:innen sind der Meinung, dass nationaler Fortschritt mithilfe von Beyond-GDP-Indikatoren gemessen werden sollte. Eine Umfrage aus dem Jahr 2024 des europäischen Forschungsprojekts MERGE zeigt: Die Öffentlichkeit unterstützt klar Indikatoren, die auf Wohlbefinden, Inklusion und Nachhaltigkeit beruhen ¹.

Diese Ergebnisse sind ermutigend – sie verdeutlichen, dass Menschen in ganz Europa darin übereinstimmen, dass wir messen müssen, was wirklich zählt. Ziel ist eine Fortschrittsmessung, die politische Prioritäten besser an Lebensqualität, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Stabilität ausrichtet.

¹ Silvi, M. & Bleys, B. (2024)

Internationale Netzwerke, wie die Wellbeing Economy Alliance (WEAll), und Zusammenschlüsse von Regierungen, wie die Wellbeing Economy Governments (WEGo), haben sich in den vergangenen Jahren intensiv dafür eingesetzt, das Konzept der Wellbeing Economy in die politische Praxis zu überführen. Ein wichtiger Meilenstein war die Beyond Growth Konferenz im EU-Parlament im Jahr 2023 mit über 6.000 Teilnehmenden, die seither zahlreiche nationale Beyond Growth Konferenzen nach sich zog – auch in Österreich. Die EU-Politik setzt ebenfalls Maßnahmen. Im 8. Umweltaktionsprogramm wird der Begriff „Economy of Wellbeing“ im Kontext von regenerativem Wachstum verankert, mit dem Ziel, Indikatorensets (Dashboards) und Indikatoren jenseits des BIP zu entwickeln. Auf UN-Ebene gibt es mit der Einführung einer „High-Level Expert Group on Beyond GDP“ seit Mai 2025 wieder verstärkte Ambitionen für alternative Indikatoren zum BIP.

Auch in Österreich gibt es wichtige Entwicklungen und Errungenschaften: Im Mai 2024 fand die erste Beyond Growth Konferenz im österreichischen Parlament statt. Parallel dazu hat sich eine Koalition von Akteur:innen aus Zivilgesellschaft und darüber hinaus formiert und den WEAll Hub Austria gegründet.

Diese Broschüre gibt einen Überblick über zentrale Entwicklungen und Akteur:innen – international, auf EU-Ebene und in Österreich – und zeigt, wo aktuell wichtige Ansatzpunkte liegen.

Postwachstum: Wohlergehen ohne Wachstumsziel

Postwachstum setzt bei einer Kernfrage an: Wie können moderne Gesellschaften menschliches Wohlergehen auch ohne wirtschaftliches Wachstum sichern? Das ist heute ein zunehmend etabliertes Forschungsfeld in der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung². Ausgangspunkte sind (i) die enge Kopplung von BIP-Wachstum und Umweltbelastungen³, (ii) ein abnehmender zusätzlicher Gewinn für das persönliche Wohlergehen durch ein steigendes Einkommen⁴ und (iii) soziale und politische Risiken wirtschaftlicher Abschwächungen⁵.

Postwachstum bezeichnet Gesellschaften, die BIP-Wachstum nicht als Ziel verfolgen und menschliche Bedürfnisse auch ohne Wachstum auf gerechte Weise erfüllen können – innerhalb ihres fairen Anteils an den planetaren Grenzen⁶. Als pluraler Dachbegriff umfasst Postwachstum unterschiedliche Strömungen: Doughnut- und Wellbeing-Ansätze fokussieren auf die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und hohes Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen; Steady-State-Ansätze betonen die Stabilisierung des Ressourcenverbrauchs auf einem nachhaltigen Niveau; Degrowth hebt die Notwendigkeit einer geplanten, demokratischen Transformation hervor, um ökologische Belastung und Ungleichheit deutlich zu reduzieren – und problematisiert dabei stärker die strukturelle Wachstumsorientierung kapitalistischer Konkurrenzlogiken.

Gemeinsam ist diesen Perspektiven die Orientierung auf qualitative Verbesserungen statt quantitativer Expansion – einschließlich einer selektiven Verschiebung weg von weniger notwendigen bzw. besonders schädlichen Aktivitäten hin zu gesellschaftlich und ökologisch nützlichen⁷.

Postwachstum bildet einen zentralen Bezugsrahmen der aktuellen Debatte; Konzepte wie die Wellbeing Economy lassen sich darin verorten, weil sie – in unterschiedlichen Ausprägungen – die Wirtschaft innerhalb planetarer Grenzen ausrichten und Wachstum als Leitmaß hinterfragen.

Wellbeing Economy: Gerechte Verteilung für alle

Die Wellbeing Economy ist ein aufkommendes Konzept, das darauf abzielt, das Ziel des „unge-lenkten“ Wirtschaftswachstums als Maßstab für Wohlergehen und Wohlstand zu überwinden.

Stattdessen rückt sie die gezielte Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivität auf menschliches und ökologisches Wohlergehen ins Zentrum und verbindet dies mit dem Anspruch, eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Einkommen und Vermögen zu fördern. Gleichzeitig ist Wellbeing Economy nicht als einheitliche Doktrin zu verstehen, sondern als Bewegung und Konzeptfamilie, die von sehr unterschiedlichen Akteur:innen getragen wird, darunter Teile von Regierungen, Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen und Unternehmen. Entsprechend existiert insbesondere in der politischen Praxis ein interpretatives Spektrum: Während einige Akteur:innen die transformative Dimension betonen und Anschlussstellen zu Postwachstum-/Degrowthperspektiven hervorheben, verstehen andere die Wellbeing Economy eher als inkrementellen Ansatz im Sinne „grünen“ bzw. „inkluisiven“ Wachstums⁸.

² Kallis G., Hickel J., O’Neill DW., Jackson T., Victor PA., Raworth K., Schor JB., Steinberger JK., Ürge-Vorsatz D. (2025)

³ Wiedenhofer D., Virág D., Kalt G., et al. (2020)

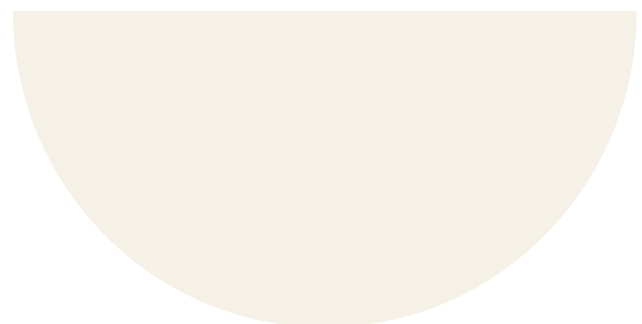
⁴ Kubiszewski I., Costanza R., Franco C., et al. Beyond GDP (2013)

⁵ Burgess MG., Carrico AR., Gaines SD., Peri A., Vanderheiden S. (2021)

⁶ Kallis G., Hickel J., O’Neill DW., Jackson T., Victor PA., Raworth K., Schor JB., Steinberger JK., Ürge-Vorsatz D. (2025)

⁷ Kallis G., Hickel J., O’Neill DW., Jackson T., Victor PA., Raworth K., Schor JB., Steinberger JK., Ürge-Vorsatz D. (2025)

⁸ Bärnthaler, R., Novy, A., Arzberger, L. et al. (2024)



Beyond GDP: Fortschritt messen und Politik steuern

Während die Wellbeing Economy ein neues Zielbild der Wirtschaft formuliert, liefert Beyond GDP die Mess- und Steuerungslogik, um dieses in Politik und Governance praktisch umzusetzen. Beyond GDP adressiert die seit langem bekannte und zentrale Kritik am BIP, dass das BIP nicht als Maß für den gesamten „Erfolg“ einer Gesellschaft interpretiert werden sollte. Das BIP misst die wirtschaftliche Aktivität eines Landes. Es erfasst demnach den monetären Wert der Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Landes und in einem bestimmten Zeitraum produziert werden. Ein Anstieg des realen BIP, also um Preisveränderungen bereinigt, wird gemeinhin als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Dieser Anstieg sollte jedoch nicht als gesamter „Fortschritt“ einer Gesellschaft verstanden werden. Dennoch begann sich in der Nachkriegszeit eine Interpretation durchzusetzen, nach der das BIP als Maß für „Erfolg“ und ein Anstieg des realen BIP als Maß für „Fortschritt“ verstanden wurde⁹.

Dabei ist das BIP per Definition nicht dafür konzipiert, die zentralen Dimensionen einer „erfolgreichen“ Gesellschaft abzubilden. Wirtschaftswachstum sagt nichts darüber aus, wie das Wohlergehen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verteilt ist. Es berücksichtigt die Umweltkosten wirtschaftlicher Aktivitäten nicht, es kann Wohlergehen bzw. Lebensqualität nicht erfassen und blendet wichtige Aspekte wie Gesundheit, Bildung und Umweltqualität aus. Unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit, wie Kinderbetreuung, Haushaltsführung oder Pflege, werden ebenso nicht berücksichtigt. Aus diesen Gründen reicht das BIP nicht aus, um ein umfassendes Verständnis über die Entwicklung eines Landes zu vermitteln^{10 11}.

Beyond GDP steht für einen Ansatz, der sich für die Einführung alternativer Messgrößen einsetzt, um sich von der derzeitigen Dominanz des BIP-Wachstums zu lösen. Ziel ist es, Wohlergehen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit besser zu erfassen. Seit über 50 Jahren schlagen Stakeholder (Wissenschaft, NGOs, Regierungen u.a.) alternative Messgrößen vor, die das BIP ersetzen oder ergänzen sollen. Diese reichen von alternativen Einzelindizes bis zu Indikatorensets (Dashboards), die mehrere Indikatoren abbilden (siehe Infoboxen 2-4)¹².

Beyond GDP ist nicht nur eine Frage neuer Kennzahlen. Indikatoren wirken nicht nur beschreibend, sondern auch normierend, weil sie prägen, was als wirtschaftlicher Erfolg gilt – und damit, wie „Wirtschaft“ verstanden und politisch gesteuert wird.

⁹ Rum, I., Hoekstra, R., Jansen, A., Eastoe, J., Kubiszewski, I., Costanza, R., Kaufmann, R., & Biggeri, M. (2024)

¹⁰ Rum, I., Hoekstra, R., Jansen, A., Eastoe, J., Kubiszewski, I., Costanza, R., Kaufmann, R., & Biggeri, M. (2024)

¹¹ Economy for the Common Good (2022)

¹² Hirvilammi, T., Rannikko, A., Hakala, O., Fattacciu, I., Ferrannini, A., Rayner, L., Grossi, T., Brady, D., & Gran, C. (2024)

Infobox 2: EU-Bürger:innen befürworten Indikatoren-Dashboard-Ansatz

Die MERGE-Umfrage zeigt eine klare Präferenz (rund 60 % der befragten EU-Bürger:innen) für eine Kombination aus Indikatoren zu Wohlbefinden, Nachhaltigkeit und Inklusion – statt einer einzelnen Kennzahl. Das stützt die Logik von Beyond GDP als „Dashboard-Ansatz“ für Politiksteuerung.

Peter Benczur,
Scientific Officer,
European Commission
Joint Research Centre

„Postwachstum bildet einen zentralen Bezugsrahmen der aktuellen Debatte; Konzepte wie die Wellbeing Economy lassen sich darin verorten, weil sie – in unterschiedlichen Ausprägungen – die Wirtschaft innerhalb planetarer Grenzen ausrichten und Wachstum als Leitmaß hinterfragen.“

Infobox 3: Geschichte des BIP – entwickelt für Krise und Krieg

Das BIP entstand in den USA in der Großen Depression als Instrument, um den wirtschaftlichen Einbruch zu messen und Gegenmaßnahmen zu planen (Auftrag an Simon Kuznets zur Berechnung des „Volkseinkommens“). Vor und während des Zweiten Weltkriegs wurde es genutzt, um die Ressourcenmobilisierung für den Militärsektor abzuschätzen. Kuznets warnte früh, der Wohlstand einer Nation lasse sich aus dieser Kennzahl „kaum ableiten“ – dennoch wurde das BIP später zur De-facto-Wohlstandskennzahl.

Das UN-System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (SNA) standardisierte das BIP erstmals im Jahr 1953. 1968 kritisierte Robert F. Kennedy in einer Rede an der University of Kansas, das BIP messe „alles – außer dem, was das Leben lebenswert macht“.

Infobox 4: Beyond GDP seit 1972

Schon im Jahr 1972 erschien mit dem Measure of Economic Welfare (MEW) ein früher Index, der darauf abzielte, Wohlfahrt über das BIP hinaus abzubilden. Zu den bekanntesten Alternativen zählen darüber hinaus u.a.: Human Development Index (HDI), Genuine Progress Indicator (GPI) sowie verschiedene Happiness-/Wellbeing-Indizes. Auch das Indikatorenset der Sustainable Development Goals (SDGs) ist hier zu nennen.

Internationale Initiativen

Auf diese theoretischen Grundlagen aufbauend zeigt der nächste Abschnitt einen Auszug, wie sich Wellbeing Economy- und Beyond GDP-Initiativen international und auf EU-Ebene in Netzwerken, politischen Initiativen und konkreten Reformschritten niederschlagen.

Internationale Bewegung: Wellbeing Economy Alliance (WEAll)

Eine zentrale Rolle spielt die [Wellbeing Economy Alliance \(WEAll\)](#). WEAll wurde seit 2018 als ein globales, offenes Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen, politischen Entscheidungsträger:innen und engagierten Einzelpersonen aufgebaut. Als Bewegung versteht sich WEAll nicht als Anbieter eines einheitlichen Modells, sondern als Plattform, die bestehende Initiativen miteinander verbindet, gemeinsames Lernen ermöglicht und Narrative für sozial- und ökologisch-gerechte Wirtschaft stärkt.

WEAll versteht Wellbeing Economy als „eine Wirtschaft, die darauf ausgerichtet ist, den Menschen und dem Planeten zu dienen – und nicht umgekehrt. Anstatt wirtschaftliches Wachstum als Selbstzweck zu betrachten und es um jeden Preis zu verfolgen, stellt eine Wellbeing Economy die menschlichen und ökologischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt ihres Handelns und sorgt strukturell dafür, dass diese Bedürfnisse grundsätzlich und gleichwertig erfüllt werden.“ (Wellbeing Economy Alliance).

Vier Prinzipien für den Weg dorthin:

Pre-distribution (Vorausverteilung):

Ungleichheiten sollen nicht erst im Nachhinein durch Umverteilung korrigiert werden. Stattdessen werden Macht, Zeit, Einkommen und Vermö-

gen so „vorausverteilt“, dass die Wirtschaft selbst einen faireren Ausgangspunkt schafft. Beispiele: Genossenschaftsmodelle, existenzsichernde Löhne, Community Wealth Building.

Purpose (Zweck):

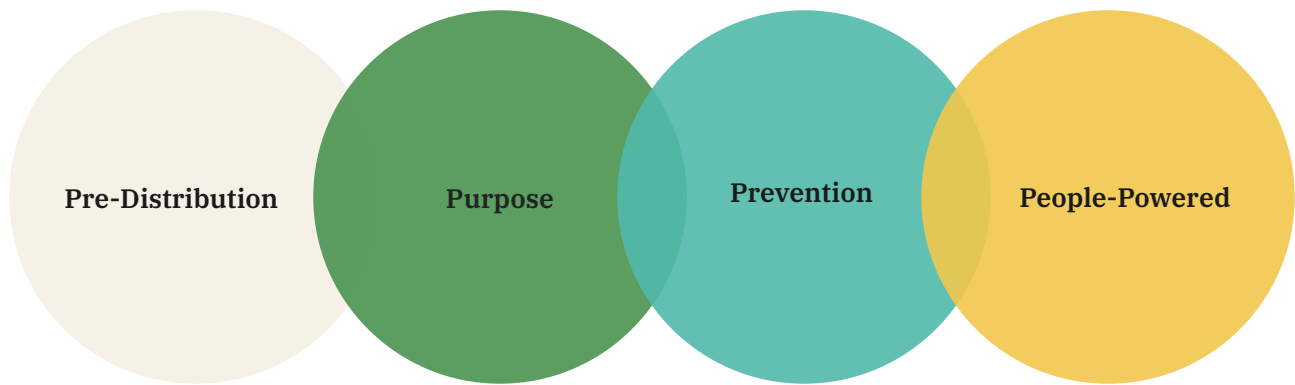
Der Zweck der Wirtschaft wird klar definiert: menschliches und ökologisches Wohlergehen. Dafür braucht es auch andere Erfolgskriterien als das BIP. Beispiele: Beyond-GDP-Indikatoren/ Dashboards, visionäre Entwicklungs- und Strategiepläne.

Prevention (Vorsorge):

Statt Schäden an Mensch und Natur nur zu reparieren, setzt eine Wellbeing Economy auf präventive Politik, die Schäden möglichst verhindert. Beispiele: Ergebnisorientierte Budgetierung, Kreislaufwirtschaft.

People-powered (Demokratisch getragen):

Wirtschaftliche Entscheidungen werden von Menschen mitgestaltet – durch echte Beteiligung an Prioritäten und Budgets. Beispiele: Bürger:innenräte, partizipatives Budgetieren.



Quelle: Wellbeing Economy Alliance (2022)

Regierungen im Austausch: Wellbeing Economy Governments (WEGo)

Die [Wellbeing Economy Governments \(WEGo\)](#) sind ein Zusammenschluss von Regierungen, die gemeinsam daran arbeiten, ihre Politikgestaltung und Haushaltsentscheidungen an den Prinzipien einer Wellbeing Economy auszurichten. Der Kreis umfasst derzeit Schottland, Island, Neuseeland, Wales und Finnland, wobei Kanada aktiv mitwirkt. Jedes WEGo-Land verfügt über eigene konzeptionelle und messmethodische Rahmenwerke zur Erfassung von Wohlergehen. Sie verfolgen aber unterschiedliche Strategien zur Integration dieser in politische Prozesse und Beratung. Zweck des Zusammenschlusses ist der Austausch von Expertise, Praxis und Lernerfahrung zwischen den Partnerländern. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Wellbeing-Rahmenwerke in politische Beratung besser gestärkt und in politische Prozesse integriert werden können.

Die WEGo entstanden aus dem Umfeld von WEAll und wurden 2018 im Rahmen des Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) World Forum in Südkorea durch Schottland, Neuseeland und Island offiziell gestartet. Heute arbeiten sie es als eigenständiges Regierungsnetzwerk; das Sekretariat liegt bei der schottischen Regierung. Zentrales Arbeitsformat sind viermal jährlich stattfindende Policy Labs und Webinare, in denen konkrete Herausforderungen und Umsetzungsfragen bearbeitet werden.

Europäische Netzwerke: Wellbeing Economy Coalition und European Alliance for Just Transition

Auch in der EU bündeln sich Akteur:innen, um Wellbeing-Orientierung in EU-Entscheidungsprozessen zu stärken. Die Wellbeing Economy Coalition ist eine informelle Koalition aus Zivilgesellschaft und Think Tanks aus unterschiedlichen Sektoren – darunter Umwelt, Soziales, Wirtschaft, Wissenschaft und kirchliche Organisationen. Zu den Mitgliedern zählen u.a. ZOE Institute for Future-fit Economies, European Environmental Bureau (EEB), Club of Rome, Caritas Europa, Solidar, European Youth Forum. Die Koalition fördert den Austausch zwischen Akteur:innen, entwickelt gemeinsame politische Strategien und setzt sich dafür ein, dass Wohlergehen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit stärker in europäische Politiken integriert werden. Darüber hinaus setzt die [European Alliance for a Just Transition](#) (Zusammenschluss von rund 50 europäischen Stakeholdern) Impulse für einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau der europäischen Wirtschaft.

Länder- steckbriefe

Einige Länder – innerhalb von WEGo und darüber hinaus – setzten auf alternative Wohlstandsziele und innovative Politiken im Sinne einer Wellbeing Economy.

Neuseeland – Wellbeing Budget (2019)

Was wurde gemacht? Unter Premierministerin Jacinda Ardern und Finanzminister Grant Robertson hat Neuseeland als erstes Land 2019 ein Wellbeing Budget eingeführt, das politische Prioritäten und Budgetentscheidungen stärker an gesellschaftlichem Wohlergehen ausrichtet. Grundlage ist das [Living Standards Framework \(LSF\)](#) des neuseeländischen Finanzministeriums samt LSF-Dashboard als Evidenzbasis, das Wellbeing-Dimensionen und Verteilungsfragen sichtbar macht. Zentrales Steuerungselement für das Wellbeing Budget von 2019 sind fünf Prioritäten: (1) mentale Gesundheit, (2) Kinderwohl/Reduktion von Kinderarmut und Gewalt, (3) Einkommen/Chancen für Māori und Pacific Peoples, (4) „Digital Age“ (Kompetenzen/Innovation), (5) Übergang zu einer emissionsarmen und nachhaltigen Wirtschaft. Im Budgetprozess wurde zudem eine Wellbeing-Analyse als Bestandteil von Finanzierungsanträgen eingeführt¹³.

Warum relevant? Das Beispiel zeigt, wie Beyond-GDP-Messung (LSF-Dashboard) und Wellbeing-Ziele in Budgetprioritäten und ressortübergreifende Steuerung übersetzt werden können. Die Indikatoren werden zum Bezugspunkt für Prioritätenmessung, ressortübergreifende Koordination und die Begründung öffentlicher Ausgaben. Kritische Einordnung: Der Ansatz hat zwar international Aufmerksamkeit erzeugt und den Diskurs verschoben, doch blieben spürbare Verbesserungen in zentralen Bereichen teils aus oder entwickelten sich nur langsam (z. B. bei Suizidraten, Wohnkosten, Emissionen). Zudem verlor der „Wellbeing“-Fokus nach dem anfänglichen Hype an politischer Präsenz und wurde eher als starke Rhetorik, nicht als tiefgreifende Transformation

wahrgenommen. Das Wellbeing Budget wurde nach 2019 fortgeführt, wobei es „sich“ pandemiebedingt in den Jahren 2020-2023 stark auf „Wiederaufbau“ und „Wiederherstellung“ fokussierte. Seit dem Regierungswechsel 2024 wird das Budget nicht mehr als „Wellbeing Budget“ geführt, was drauf hinweist, dass es als Steuerungsansatz nicht vollständig unabhängig von Regierungswechseln institutionalisiert ist. Das LSF und das LSF-Dashboard hingegen werden vom Finanzministerium weiterhin genutzt, um Wellbeing-Aspekte in die Politikberatung und Berichterstattung einzubeziehen^{14 15}.

Weiterführende Informationen zum Wellbeing Budget 2019:

www.treasury.govt.nz/sites/default/files/2019-06/b19-wellbeing-budget.pdf

zum Living Standards Framework (LSF):

www.treasury.govt.nz/information-and-services/nz-economy/higher-living-standards/our-living-standards-framework

¹³ New Zealand Government (2019)

¹⁴ Mc Clure T. (2021)

¹⁵ The Treasury (2025)

Wales – Wellbeing of Future Generations Act (2015)

Was wurde gemacht? Wales schuf 2015 mit dem Wellbeing of Future Generations Act einen international vielbeachteten gesetzlichen Rahmen, der öffentliche Stellen verpflichtet, bei allen Entscheidungen die langfristigen Auswirkungen auf zukünftige Generationen zu berücksichtigen. Kern sind sieben Wellbeing-Ziele (siehe Grafik) und die „Five Ways of Working“ (Long term, Prevention, Integration, Collaboration und Involvement), die festlegen, wie Politik und Verwaltung arbeiten sollen. Institutionell gestützt wird das Gesetz u. a. durch die/den Future Generations Commissioner (Beratung, Monitoring, Bewertung, Empfehlungen), den Auditor General for Wales (Prüfung/Berichte zur Umsetzung) sowie Public Services Boards, die lokale Wellbeing-Pläne koordinieren.

Warum relevant? Das Beispiel zeigt, wie Wellbeing-Orientierung institutionell und rechtlich verankert werden kann – nicht nur in politischen Programmen, sondern als Governance-Leitprinzip.

Kritische Einordnung: Audit Wales bilanziert nach zehn Jahren: Der Ansatz ist sichtbarer, treibt aber noch nicht systemweit konsequent Entscheidungen und Umsetzung¹⁶. Zudem gibt es keine klaren Sanktionen bei Nicht-Umsetzung; die Wirkung beruht vor allem auf Prüfung, Berichterstattung, Empfehlungen und politisch-öffentlichem Druck¹⁷.

Weiterführende Informationen zum Gesetz:

www.legislation.gov.uk/anaw/2015/2/contents/enacted

www.gov.wales/sites/default/files/publications/2024-07/well-being-future-generations-wales-act-2015-the-essentials-2024.pdf?utm_source=chatgpt.com

¹⁶ Audit Wales (2025)

¹⁷ Welsh Parliament (ohne Datum)

Bhutan – Gross National Happiness (GNH)

Was wurde gemacht? Bhutan verfolgt seit den 1970er-Jahren das Leitkonzept Gross National Happiness (GNH) und hat es in eine konkrete Mess- und Steuerungslogik übersetzt. Seit 2008 wird es mithilfe umfangreicher Befragungen (148 Fragen) gemessen. Die letzte Erhebung im Jahr 2022 mit einer Stichprobe von 1,4 % der Bevölkerung ergab einen durchschnittlichen Glückswert von 0,781 auf einer Skala von 0 bis 1 – um 3,3 % höher als 2015¹⁸. Neben dem GNH-Index werden Instrumente wie ein GNH-Policy-Screening-Tool genutzt, um neue Politiken systematisch entlang der GNH-Dimensionen zu prüfen. GNH-Indikatoren wurden zudem in Planung- und Steuerungsprozesse (z. B. Fünfjahrespläne) integriert¹⁹.

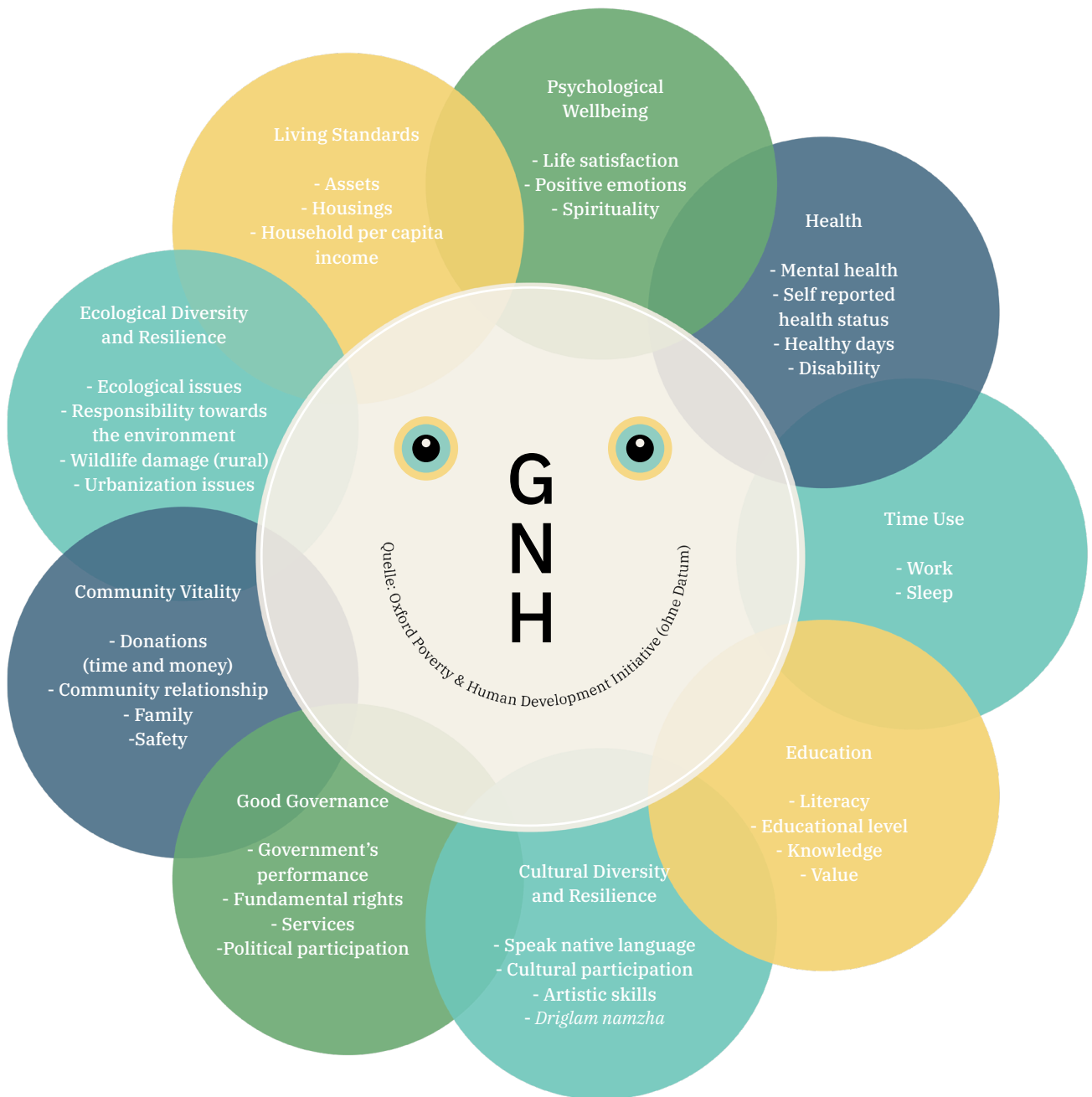
Warum relevant? Das Beispiel ist ein wichtiger ideeller Vorläufer, das zeigt, dass Fortschritt früh und konsequent mehrdimensional als Mess-, Policy-Screening- und Planungstool operationalisiert werden kann.

Kritische Einordnung: Trotz des positiven Selbstbildes steht das Land vor erheblichen Problemen. Bhutan kämpft mit enormer Abwanderung, hoher Jugendarbeitslosigkeit, eingeschränkter Pressefreiheit und ungelösten historischen Menschenrechtsfragen. Auch wird kritisiert, inwiefern das Leitbild „Glück“ mit aktuellen sozio-ökologischen und ökonomischen Realitäten deckungsgleich ist²⁰.

¹⁸ Sullivan, H. (2024)

¹⁹ OPHI (ohne Datum)

²⁰ Sullivan, H. (2024)



Beyond GDP – EU und Vereinte Nationen

Die Länderbeispiele zeigen mögliche praktische Umsetzungswege. Zugleich hat die internationale Debatte über Fortschrittmessung wichtige Grundlagen erhalten, etwa durch die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (siehe Infobox 5), auf der heutige UN- und EU-Prozesse aufbauen.

Infobox 5: Meilenstein: Stiglitz-Sen-Fitoussi- Kommission (2008/2009)

Einen international einflussreichen Impuls für die Beyond-GDP-Debatte lieferte die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (benannt nach Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi). Sie wurde 2008 von der französischen Regierung eingesetzt, um alternative Messgrößen zu Wirtschaftswachstum und BIP zu entwickeln. Die Expert:innen zeigten, dass das BIP zwar wirtschaftliche Aktivitäten erfasst, jedoch zentrale Dimensionen wie Wohlergehen, Gesundheit, Bildung, Umwelt oder soziale Gerechtigkeit nur unzureichend abbildet. Die Kommission empfahl daher, politische Entscheidungen stärker an den tatsächlichen Lebensbedingungen und dem Wohlbefinden der Bevölkerung auszurichten, und entwickelte dafür einen Indikatorrahmen, der bis heute als wichtiger Referenzpunkt für Wellbeing-Economy- und Beyond-GDP-Initiativen gilt²¹.

²¹ Stiglitz, J., Sen, A., Fitoussi, JP. (ohne Datum)

Die Vereinten Nationen: Beyond GDP

Die Vereinten Nationen (englisch: United Nations, UN) beschäftigen sich schon sehr lange mit Messansätzen jenseits des BIP – Beispiele sind der Human Development Index (HDI) seit 1990, das System of Environmental-Economic Accounting (SEEA) seit 1993 oder das Indikatorensystem der Sustainable Development Goals (SDGs) seit 2015. Als explizite politische Agenda ist „Beyond GDP“ im UN-System jedoch erst seit 2021/2022 institutionell verankert.

Ein wichtiger Impuls war der Bericht [Valuing What Counts: United Nations System-wide Contribution on Beyond Gross Domestic Product \(GDP\)](#), der 2022 von einer Kerngruppe unter Leitung des United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA), des United Nations Development Programme (UNDP) und der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) vorgelegt wurde. Der Bericht zeigt auf, warum ein erweitertes Verständnis von Fortschritt notwendig ist und wie Wohlergehen, Nachhaltigkeit und Inklusion stärker in politische Entscheidungsprozesse integriert werden können.

Mit dem [Pact for the Future](#), verabschiedet beim United Nations Summit of the Future (im Jahr 2024), bekräftigten die Mitgliedstaaten diese Zielsetzung. Darauf aufbauend setzte der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Mai 2025 eine [unabhängige High-Level Expert Group on Beyond GDP](#) ein. Die Expert:innengruppe arbeitet daran, einen global anschlussfähigen Rahmen sowie ein übersichtliches Indikatorenset zu entwickeln, das Regierungen dabei unterstützt, Fortschritt umfassender zu messen und politische Entscheidungen stärker an Wellbeing, Nachhaltigkeit und Inklusion auszurichten. Ziel der Expert:innen-gruppe ist es, einen konzeptionellen Rahmen für Fortschritt zu entwickeln und eine erste Auswahl universell anwendbarer, ländereigener Indikatoren vorzuschlagen, die in einem übersichtlichen Dashboard zusammengeführt werden. Dieses

soll Regierungen dabei unterstützen, politische Entscheidungen stärker an Wellbeing, Nachhaltigkeit und Inklusion auszurichten. Gleichzeitig soll die Gruppe Empfehlungen zur praktischen Anwendung, zu Prioritäten in der Datenerhebung sowie zum statistischen Kapazitätsaufbau geben, insbesondere in Ländern mit knappen Ressourcen. Derzeit erfolgen eine Reihe an Konsultationen, an denen Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft etc. teilnehmen können.

Die UN-Initiative „Beyond GDP“ stellt damit einen wichtigen Schritt dar, um globale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik stärker an dem auszurichten, was Gesellschaften tatsächlich wertschätzen und um die Transformation hin zu einer Wellbeing Economy auch auf multilateraler Ebene zu verankern.



**Olivier De Schutter,
UN Special Rapporteur on
extreme poverty and human rights**

„As environmental collapse accelerates, inequalities widen within and between countries, and economic precarity becomes pervasive, the long-standing assumption that economic growth will end global poverty is unraveling. What remains is an urgent challenge: how can societies secure wellbeing and economic security without relying on a development model that entrenches extraction, exclusion and ecological harm?“

Concrete action must be taken now to operationalize a new development model that moves beyond the limited imagination of economic growth orthodoxy. In recent years, a growing alliance of UN agencies, governments, civil society organisations, academics, trade unions, and others has been building such an alternative through the [Roadmap for Eradicating Poverty Beyond Growth](#). The Roadmap – presented to the UN in 2026 – offers concrete, rights-based policy options for governments in both the global north and south to make poverty eradication a deliberate outcome of economic restructuring, not a trickle-down side-effect of destructive growth.“

Europäische Union: Wellbeing Economy und Beyond GDP in Politikprozessen

Die Debatte um Wellbeing Economy und Beyond GDP spiegelt sich zunehmend in EU-Politik und Governance wider. Ein zentraler Anker ist das [8. Umweltaktionsprogramm \(8. UAP\)](#), das seit 2022 in Kraft ist, eine langfristige Vision einer Wellbeing Economy innerhalb planetarer Grenzen formuliert und den Rahmen für die EU-Umweltpolitik bis 2030 setzt. Es betont zudem das Ziel, Dashboards und Indikatoren „beyond GDP“ weiterzuentwickeln, um Fortschritt über rein ökonomische Kennzahlen hinaus sichtbar zu machen.

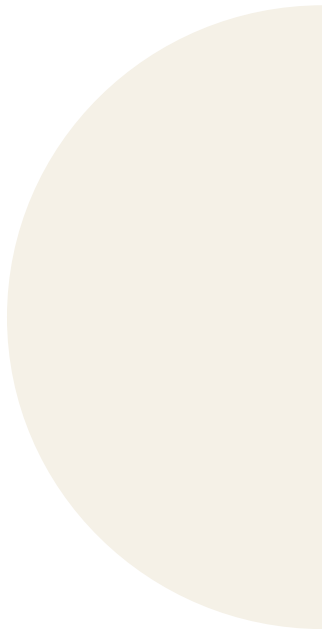
Parallel dazu hebt der [Strategic Foresight Report 2023](#) der Europäischen Kommission hervor, dass das BIP als Fortschrittsmaß wichtige soziale und ökologische Herausforderungen nicht ausreichend abbildet. Der Bericht kündigte interne Arbeiten zu Sustainable and Inclusive Wellbeing (SIWB)-Metriken an. Ein zentrales Ziel ist die Entwicklung eines multidimensionalen Dashboards, das bestehende Instrumente und Rahmenwerke integriert. Die Gemeinsame Forschungsstelle, das Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission, hat dazu 2025 den Bericht [Measuring Sustainable and Inclusive Wellbeing: A Multidimensional Dashboard Approach](#) veröffentlicht. Aus über 1.000 potenziellen Messgrößen wurden zunächst 140 und schließlich 50 Indikatoren ausgewählt, die nun eine umfassende Sicht auf das Wohlergehen von Menschen und Planet ermöglichen.

Bereits in früheren Jahren gab es wichtige Impulse: So wurde im Rahmen der [Post-Growth Konferenz 2018 im EU-Parlament](#) über alternative Fortschrittsindikatoren diskutiert und die [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#) der finnischen Präsidentschaft 2019 erwähnten explizit die Notwendigkeit einer Wellbeing Economy. Darüber hinaus fördern zivilgesellschaftliche Netzwerke und Allianzen, wie die European Wellbeing Economy Coalition, den Austausch von Best Practices und setzen politische Impulse für Beyond-GDP-Ansätze auf EU-Ebene. Auch das Europäische Wirtschafts- und Sozialkomitee (EESC) sowie das EU-Parlament wirken aktiv da-

ran mit, Wellbeing-Economy-Leitsätze praktisch in politische Prozesse einzubringen. Ein wichtiger Meilenstein war die [Beyond Growth Konferenz 2023 im EU-Parlament](#), bei der auch hochrangige politische Vertreter:innen wie Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilnahmen. Im Anschluss an die Beyond Growth Conference 2023 finden bereits konkrete Follow-up-Veranstaltungen statt. So wurde im Dezember 2025 im EU-Parlament in Brüssel die Veranstaltung [Beyond Growth Pathways for Eradicating Poverty in the EU](#) durchgeführt, bei der die Roadmap for Eradicating Poverty Beyond Growth präsentiert und diskutiert wurde, entwickelt vom UN-Sonderberichterstatler für extreme Armut und Menschenrechte, Olivier De Schutter. An diesem Treffen nahmen Mitglieder des Europäischen Parlaments, EU-Beamte:innen, Gewerkschaftsvertreter:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaftler:innen und Jugendvertreter:innen teil. Die Veranstaltung zeigt, dass die Diskussion um Beyond Growth nicht nur theoretisch bleibt, sondern direkte politische Handlungsoptionen für die Armutsbekämpfung innerhalb planetarer Grenzen bietet und in aktuelle EU-Strategien wie die erste Anti-Armut-Strategie und die Strategie für Generationengerechtigkeit einfließt.



Wellbeing- Economy- Bewe- gung in Österreich



Wo steht Österreich?

Österreich ist in dieser Debatte seit vielen Jahren aktiv. Einen wichtigen Impuls setzte in jüngster Zeit die [Beyond Growth Austria Konferenz 2024](#) im österreichischen Parlament und im Billrothhaus – nach dem Vorbild des gleichnamigen Events im EU-Parlament in Brüssel. Die Veranstaltung brachte Politiker:innen, Entscheidungsträger:innen, Medienvertreter:innen und Multiplikator:innen zusammen und ermöglichte den Austausch mit Akteur:innen aus Sozialpartnerschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Wege zu sozialgerechtem und ökologisch-nachhaltigem Wohlstand.

Gleichzeitig baut diese Dynamik auf einer längeren Entwicklung auf: Einen wichtigen Grundstein legten die [Wachstum-im-Wandel-Konferenzen](#) in Wien (2010, 2012, 2016 und 2018), die zentrale Fragen zu Wohlstand, Grenzen des Wachstums und Alternativen zum BIP früh in Österreich sichtbar gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund lohnt ein genauer Blick auf zwei Stränge, die die Debatte in Österreich derzeit besonders prägen. Erstens, der Aufbau neuer Netzwerke, die Akteur:innen zusammenbringen und gemeinsame Narrative stärken – darunter die Gründung der Wellbeing Economy Alliance Austria (WEAll Austria). Zweitens, konkrete Beyond-GDP-Ansätze, die daran arbeiten, Fortschritt, Wohlstand und Nachhaltigkeit mess- und damit politisch steuerungsrelevanter zu machen.

Wellbeing Economy Alliance Austria (WEAll Austria)

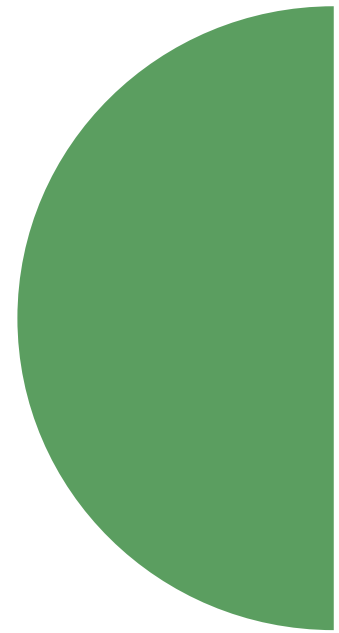
Allianz für eine gerechte Wirtschaft jenseits des Wachstums

Im Februar 2026 wurde die Wellbeing Economy Alliance Austria (WEAll Austria) von sieben Organisationen gegründet. Grundlage bildet ein gemeinsames [Gründungsdokument](#), das Ziel,

Selbstverständnis und Arbeitsweise des Hubs festhält. Der Hub koordiniert nationale Aktivitäten und versteht sich als Andockstelle zur internationalen Wellbeing Economy Alliance (WEAll) sowie zu [lokalen WEAll-Hubs](#) in anderen Ländern. Ein wichtiger Ausgangspunkt war die [Beyond Growth Austria Konferenz 2024](#), in der sich die Postwachstumsbewegung in Österreich formiert hat.

Ziel von WEAll Austria ist eine Wirtschaft, die allen Menschen innerhalb planetarer Grenzen ein gutes Leben ermöglicht. Politische Entscheidungen sollen daran gemessen werden, ob sie Grundbedürfnisse sichern und Lebensqualität stärken, statt BIP-Wachstum zum Selbstzweck zu machen.

Der Hub bündelt zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und sozialpartnerschaftliche Kräfte, um Beyond-Growth-Ansätze in Österreich zu verankern und Schritte hin zu einer Wellbeing Economy voranzutreiben. Er fungiert als Anlaufstelle, Koordinator und Vernetzer in Österreich – und als Brücke zur europäischen und internationalen Bewegung.



Schwerpunkte

- Koalitionsaufbau & Partnerschaften
- Politische Interessenvertretung & institutioneller Wandel
- Politische Inhalte & Maßnahmenvorschläge
- Transformationspfade, Narrative, Kommunikation & Bewegungsaufbau



Gründungsorganisationen

[GLOBAL 2000](#)
[Umweltdachverband](#)
[Degrowth Vienna](#)
[ECONGOOD](#)
[Wachstum im Wandel Österreich](#)
[Donut Wien](#)
[OeAD Student Housing](#)

Beyond-GDP-Initiativen in Österreich

Während Netzwerke wie WEAll Austria die Debatte um ein neues wirtschaftliches Zielbild stärken, gibt es in Österreich bereits mehrere Initiativen und Instrumente, die Fortschritt breiter messen, bewerten und prognostizieren als über das BIP allein. Diese Ansätze sind unterschiedlich verortet – in Zivilgesellschaft, Statistik, Interessenvertretung oder Wirtschaftsforschung – zeigen jedoch, dass ein erweitertes, mehrdimensionales Verständnis von Wohlstand und gesellschaftlichem Wohlergehen bereits Teil des nationalen Diskurses der vergangenen Jahre ist.

Einordnung:

- Konzeptioneller Vorschlag für einen alternativen bzw. ergänzenden Wohlstandsmaßstab
- Partizipativ angelegter Prozess zur demokratischen Definition gesellschaftlicher Ziele
- Übersetzung dieser Ziele in messbare Indikatoren
- Transformativ ausgerichtet: Ziel ist eine Neuausrichtung wirtschaftspolitischer Steuerung jenseits des BIP

Weiterführende Information:

[ECG Policy Paper \(2013\)](#)

Gemeinwohl-Produkt (GWP) – Gemeinwohl-Ökonomie

Das **Gemeinwohl-Produkt (GWP)** ist ein Vorschlag der **Gemeinwohl-Ökonomie**, der wirtschaftlichen Erfolg nicht am BIP, sondern an der „Gesundheit von Mensch und Natur“ sowie an gesellschaftlichen Zielgrößen ausrichten will. Es ist als partizipativer Prozess angelegt: Ziele und Teilziele sollen demokratisch erarbeitet (z. B. über Bürger:innenformate) und anschließend von Expert:innen in messbare Indikatoren übersetzt werden. Das GWP ist so konzipiert, dass es auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene anwendbar ist und Ergebnisse auch in Form eines Dashboards sichtbar gemacht werden können. Das GWP versteht sich als Gegenentwurf zur BIP-Dominanz und als Instrument, das politische Orientierung geben soll, ob sich eine Volkswirtschaft in Richtung gesellschaftlich gewünschter Ziele bewegt.

Christian Felber, Autor und Initiator der **Gemeinwohl Ökonomie**

„Angesichts des Irrwegs der globalen Ökonomie braucht es jetzt einen Doppelschritt aus einer klaren Zielbestimmung für die Wirtschaft und der direkten Messung der Erreichung diese Ziele.“

Das BIP hat in der ökonomischen Erfolgsmessung ausgedient, da es die Ziele der Wirtschaft nicht verlässlich abbildet. Ein zukünftiges Gemeinwohl-Produkt könnte sich aus den Präferenzen der Bevölkerung zusammensetzen, die in einem Bürger:innen-Beteiligungsverfahren ermittelt werden. Die Wissenschaftsgemeinde könnte die Indikatoren beisteuern: eine demokratiepolitisch wertvolle ‚Hochzeit‘ aus bottom-up und top-down.“

AK-Wohlstandsbericht – Arbeiterkammer Wien

Der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Wien (AK Wien) leistet seit 2018 einen regelmäßigen Beitrag zur Analyse von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich aus einer Arbeitnehmer:innenperspektive. Jahrzehntlang galt das klassische magische Viereck – Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – als wirtschaftspolitischer Referenzrahmen. Der Wohlstandsbericht entwickelt dieses Modell zu einem „magischen Vieleck“ weiter: Fünf übergeordnete Ziele, die jeweils durch fünf Teilziele und ihre Indikatoren (insgesamt 25) bestimmt werden. Gemäß aktuellem Bericht 2025 lauten die fünf Ziele gerecht verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, hohe Lebensqualität, intakte Umwelt sowie gesamtstaatliche Stabilität. Damit ergänzt er klassische Wirtschaftskennzahlen um soziale und ökologische Dimensionen und macht Entwicklungen sowie Zielkonflikte sichtbar. Aus den Bewertungen werden politische Forderungen abgeleitet.

Weiterführende Information:

[AK-Wohlstandsbericht 2025](#)

Einordnung:

- Indikatorengestützter Analyse- und Bewertungsbericht aus der Arbeitnehmer:innenperspektive
- Seit 2018 jährlich erscheinender Beitrag zur mehrdimensionalen Wohlstandsmessung in Österreich
- Fünf übergeordnete Ziele mit jeweils fünf Teilzielen, die anhand eines Indikatorensets beurteilt werden
- Formuliert konkrete politische Forderungen

„Wie geht's Österreich?“ (WgÖ) – Statistik Austria

„Wie geht's Österreich?“ (WgÖ) wurde von Statistik Austria im Jahr 2012 infolge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene initiiert. In Ergänzung zum BIP wurde ein Set von zunächst 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, das die drei Dimensionen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt abbildet. Von 2013 bis 2021 erschien jährlich ein Bericht, der diese Indikatoren analysierte und durch zusätzliche Informationen vertiefte. Die Umsetzung erfolgte durch ein Expert:innenteam aus mehreren Fachbereichen von Statistik Austria. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren erfolgte durch ein Gremium unabhängiger wissenschaftlicher Expert:innen. Zudem wurden in WgÖ zentrale Stakeholder – darunter Bundesministerien, NGOs, Interessenvertretungen sowie weitere wissenschaftliche Institutionen – im Rahmen von „runden Tischen“ eingebunden, um eine breite fachliche Abstimmung zu ermöglichen. Der zuletzt veröffentlichte Bericht erschien 2021. Damit stellte „Wie geht's Österreich?“ über mehrere Jahre hinweg ein zentrales amtliches Instrument zur mehrdimensionalen Wohlstands- und Fortschrittsmessung in Österreich dar.

Einordnung:

- Staatlich verantwortetes, indikatorengestütztes Monitoringinstrument (2012-2021)
- Drei Dimensionen: materieller Wohlstand, Lebensqualität, Umwelt
- Deskriptiv-analytischer Ansatz ohne politische Forderungen
- Staatliches Beispiel für mehrdimensionale Wohlstands- und Fortschrittsmessung jenseits des BIP


Weiterführende Information:

[Wie geht's
Österreich? 2021](#)

Erweiterte wirtschaftliche Prognose – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) erstellt regelmäßig Konjunktur- und Wirtschaftsprognosen, die traditionell zentrale makroökonomische Kennzahlen wie BIP-Wachstum, Arbeitsmarktentwicklung oder Inflation abbilden. In den vergangenen Jahren wurde diese Perspektive erweitert: Neben klassischen makroökonomischen Indikatoren wie BIP, Arbeitsmarktentwicklung oder Inflation prognostiziert das WIFO seit rund zwei Jahren auch die Entwicklung der Treibhausgasemissionen sowie Indikatoren zur Einkommensverteilung und Armutsgefährdung. Damit fließen zunehmend soziale und ökologische Dimensionen in die Konjunkturberichterstattung ein.





Dr. Stefan Ederer,
Ökonom –
Makroökonomie
und öffentliche
Finanzen
Senior Economist -
Macroeconomics
and Public
Finance

„Die Betrachtung von Wellbeing/Beyond-GDP-Indikatoren hat in der Konjunkturberichterstattung – etwa durch die Betrachtung des Arbeitsmarkts oder der Einkommen – schon immer eine Rolle gespielt und ist in den vergangenen zehn Jahren immer wichtiger geworden.

Das WIFO veröffentlicht seit circa zwei Jahren Prognosen zu den Treibhausgasemissionen sowie zur Einkommensverteilung und Armutsgefährdung. Stärkeres Gewicht könnte diese Sichtweise bekommen, indem solche Indikatoren z. B. bei Studien der öffentlichen Hand standardmäßig mitbetrachtet und -untersucht werden.“

Einordnung:

- Makroökonomische Prognosefähigkeit mit erweiterter Indikatorenbasis
- Integration von Verteilungs- und Emissionsindikatoren in die Konjunkturberichterstattung
- Kein eigenständiges Beyond-GDP-Instrument, sondern Ergänzung klassischer Wirtschaftsprognosen
- Beispiel für zunehmende Verknüpfung von Konjunkturanalyse mit Nachhaltigkeits- und Verteilungsfragen

Fazit und Ausblick

Die Debatte um Wellbeing Economy und Beyond GDP trifft auf eine Phase politischer Neuorientierung: Polykrisen, Verteilungsfragen und planetare Grenzen verschärfen den Druck, wirtschaftspolitische Ansichten neu zu definieren. Gleichzeitig wächst die Bereitschaft, Fortschritt breiter zu messen und politische Steuerung stärker an Lebensqualität, sozialer Sicherheit und ökologischer Stabilität auszurichten. International und auf EU-Ebene sind dazu in den letzten Jahren sichtbare Anker entstanden. Auch in Österreich ist die Debatte spätestens seit der Beyond-Growth-Austria-Konferenz und der Gründung von WEAll Austria in einer neuen Phase angekommen.

Vor diesem Hintergrund haben wir Expert:innen gebeten, zwei Leitfragen zu beantworten:

- 1.** Welche Relevanz hat das Thema Wellbeing Economy / Beyond GDP aus deiner Sicht im aktuellen politischen Kontext?
- 2.** Wo gilt es deiner Meinung nach jetzt konkret anzusetzen (z. B. Politikfelder, Prozesse, Indikatoren, Governance, Kommunikation)?

Die Antworten verdeutlichen: Es geht nicht nur um alternative Kennzahlen, sondern um die Frage, wie sich Demokratie, soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit politisch absichern lassen.

Warum jetzt?

Mehrere Stimmen betonen, dass das BIP als Orientierungsgröße gerade in der aktuellen Lage zu kurz greift – und dass Wellbeing als Maßstab politischer Entscheidungen an Dringlichkeit gewinnt.

Tamara Premrov, AK Wien:

Wohlstand und Wohlergehen haben in der politischen Debatte nach wie vor nicht den Stellenwert, der nötig wäre, um das Leben der breiten Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Besonders bei der Verteilung von Einkommen und Arbeit sowie in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Umwelt und Demokratie besteht ein erheblicher Handlungsbedarf. Entsprechende ambitionierte Ziele müssen im Regierungsprogramm und im Budgetprozess verankert und zu handlungsleitenden Vorgaben für die Politik werden.

Friedrich „Fritz“ Hinterberger, Club of Rome:

70 Jahre nach dem „Wirtschaftswunder“ des 20. Jahrhunderts stagniert die Wirtschaft und die Preise steigen gerade in Österreich stärker als anderswo. Gerade jetzt, wo das Bruttoinlandsprodukt defacto nicht mehr wächst, sollte Wellbeing, das gute Leben für alle, DER Maßstab für jede wirtschaftliche und politische Entscheidung werden.

Willi Haas, BOKU, Institut für Soziale Ökologie:

Unser aktuelles auf Wirtschaftswachstum ausgerichtetes Entwicklungsmodell ist ökonomisch nicht nachhaltig und führt speziell in Zeiten von Spardruck und Polykrisen zu sozialen Verwerfungen. Zudem ist es trotz propagierter Effizienz-Strategien der primäre Treiber für das Überschreiten planetarer Grenzen. Realistisch betrachtet eröffnet nur ein radikales Umdenken nachhaltige Lösungen. Die Wellbeing Economy setzt bei der Intention unseres Entwicklungsmodells an und stellt den Wohlstand für alle ins Zentrum.

Marie Toussaint, Greens/EFA Group, European Parliament:

The word economy originates in household management: organising our common home so people can thrive on the one planet we have. That is why the economy must be about wellbeing, not as an abstract theory but as a condition for a dignified life. Today's economic rules lock us into an extractive fiction of endless expansion, that produces fear, exclusion, and brute-force competition. Going beyond GDP means recognising that economic rules are political choices, and that they cannot override the material limits of nature. It means putting wellbeing, dignity and care at the centre of our collective priorities. That is not only a hopeful path –it is the only credible way forward.

Bas Eickhout, Greens/EFA Group, European Parliament:

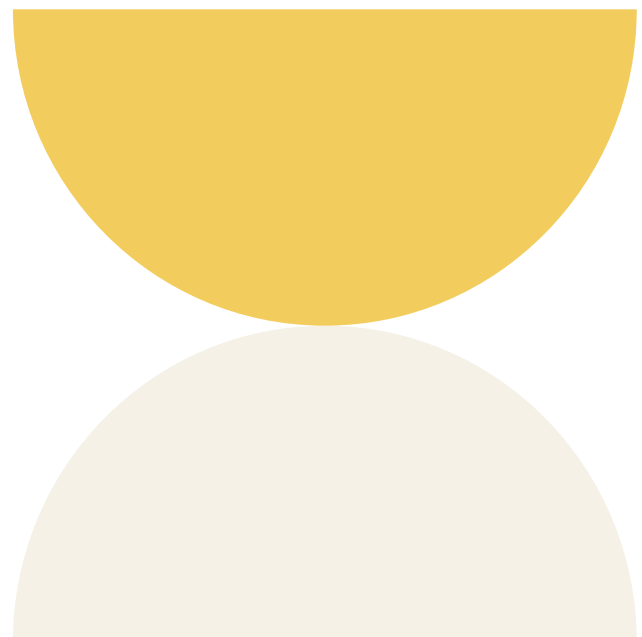
The climate crisis and increasing geopolitical tensions should be a wake-up call for policymakers to finally stop blindly pursuing economic growth. Europe must allocate its scarce resources on what is truly important: transforming its economy into a fully circular, energy independent and inclusive one, rather than being a slave to short-term profits at the expense of our planet, health and independence.

Wo müssen wir ansetzen?

Verschiedene Expert:innen, darunter auch Peter Benczur (S. 8), Christian Felber (S. 20) und Stefan Ederer (S. 23), machen deutlich: Beyond GDP wird dann wirksam, wenn Indikatoren in Prozesse und Governance übersetzt werden – insbesondere in Budgetierung, politische Prioritätensetzung und Monitoring.

Alexandra Wegscheider-Pichler, Statistik Austria:

Das Thema Wellbeing Economy und Beyond GDP ist in der statistischen Welt stark verankert. Um zu wissen, wie es der Bevölkerung geht und dabei über das Bruttoinlandsprodukt hinauszudenken, braucht es verlässliche und unabhängig generierte Daten, die Wellbeing und Nachhaltigkeit messen können. Egal, ob es dann einige wenige Indikatoren sind (wie für Beyond GDP) oder ein breites Datenset (wie die SDGs), Monitoring macht nur Sinn, wenn die Kommunikation für verschiedene Nutzergruppen mitbedacht wird.



Was braucht es?

Mehrere Stimmen betonen: Damit sich Systeme ändern, braucht es gesellschaftliche Dynamiken, Verständlichkeit und demokratische Trägerschaft.

Lisa Hough-Stewart, WEAll

Systems don't shift simply because the status quo becomes uncomfortable. They change because people demand something better and demonstrate what's possible. The necessary shift toward wellbeing economies isn't a technical adjustment. It's not a line in a policy document. It's a new story about how we want to live together – what we value, what we measure. What's needed is a diverse and interconnected movement – different people, skills, networks, and spheres of influence – each working on the piece of the system they can touch.

Patrizia Heidegger, EEB

Eine Wellbeing Economy ist heute wichtiger denn je, weil sie zeigt, dass echter Fortschritt mehr ist als Wirtschaftswachstum und Unternehmensprofite. Jetzt braucht es klare Ziele für Lebensqualität, Umwelt und soziale Gerechtigkeit – und politische Entscheidungen, die sich konsequent daran orientieren. Nur so entsteht ein Zukunftsmodell, das Menschen und Natur wirklich stärkt.

Dr. Martin Oetting, System Delta, YouTuber und Filmmacher:

Der Aufstieg autoritärer und rechtsextremer Politik macht es überdeutlich: Unsere Wirtschaftssysteme treiben unsere Gesellschaften und unsere Demokratien in die Selbstzerstörung. Ein neuer Blick, der endlich unser aller Wohlergehen ins Zentrum stellt – anstelle der veralteten Kennzahl „BIP“ – ist daher wichtiger denn je. Entscheidend ist, dass viel mehr Menschen verstehen, wie sehr uns die alten Nachkriegsrezepte in die Irre führen und wie notwendig neues Denken und neue Lösungen sind.

Ausblick

Gerade in Zeiten wie diesen ist der Aufbau stabiler Netzwerke und Allianzen entscheidend. Die Gründung von WEAll Austria ist in diesem Sinne ein wichtiger Schritt: Sie schafft Anschluss an internationale und europäische Dynamiken und stärkt die Fähigkeit, Wissen, Narrative und politische Ansatzpunkte in Österreich kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Parallel dazu wächst die Bedeutung multilateraler Prozesse: Auf UN-Ebene liegen derzeit Hoffnungen auf der High-Level Expert Group on Beyond GDP und auf der Möglichkeit, einen Rahmen zu entwickeln, der länderübergreifend Orientierung gibt und nationale Umsetzungsprozesse auslöst. Ein international legitimierter Impuls kann nationalen Akteur:innen Rückenwind geben – insbesondere dort, wo bestehende Monitoring- und Steuerungsansätze wieder stärker in politische Routinen integriert werden sollen.

In Zukunft wird es also vor allem darum gehen müssen, Netzwerke und Allianzen zu stärken und Beyond-GDP-Indikatoren systematisch zu institutionalisieren – denn eine Wellbeing Economy entsteht dort, wo neue Maßstäbe auf politische Verbindlichkeit treffen.



Zentrale Takeaways

Wellbeing ist anschlussfähig – und politisch dringlich. Die Krisenlage macht deutlich, dass BIP-Wachstum weder Lebensqualität garantiert noch ökologische Stabilität sichert.

Beyond GDP ist Hebel und Risiko zugleich. Indikatoren sind nicht neutral: Sie definieren, was als Erfolg gilt und steuern Aufmerksamkeit, Ressourcen und Legitimität.

Die Umsetzung entscheidet: Indikatoren müssen in Budgetprozessen, ressortübergreifender Koordination, Berichtspflichten und Evaluationslogiken verankert werden.

Movement Building ist kein „Nice-to-have“. Ohne Zivilgesellschaft, verständliche Kommunikation und neue Allianzen bleiben Frameworks technokratisch – und politisch verwundbar.

Quellen und weiterführende Literatur

Audit Wales (2025): Ten years on, the Well-being of Future Generations Act has increased prominence but is not driving the system-wide change that was intended.

<https://www.audit.wales/news/ten-years-well-being-future-generations-act-has-increased-prominence-not-driving-system-wide>

Bärnthaler, R.; Novy, A.; Arzberger, L. et al. (2024): The power to transform structures: power complexes and the challenges for realising a wellbeing economy. *Humanities and Social Sciences Communications* 11, 558.

<https://doi.org/10.1057/s41599-024-03065-7>

Burgess, M. G.; Carrico, A. R.; Gaines, S. D.; Peri, A.; Vanderheiden, S. (2021): Prepare developed democracies for long-run economic slowdowns. *Nature Human Behaviour*, 5, 1608–1621.

Economy for the Common Good (2022): Common Good Product. ECG Policy Paper No. 1.

European Commission (2023): Strategic Foresight Report 2023: Sustainability and People's Wellbeing at the Heart of Europe's Open Strategic Autonomy. European Commission, Brüssel.

https://commission.europa.eu/publications/strategic-foresight-report-2023_en

European Commission – Joint Research Centre (2025): Measuring Sustainable and Inclusive Wellbeing: A Multidimensional Dashboard Approach. Publications Office of the European Union, Luxemburg.

Hirvilammi, T.; Rannikko, A.; Hakala, O.; Fattacciu, I.; Ferrannini, A.; Rayner, L.; Grossi, T.; Brady, D.; Gran, C. (2024): Survey report on the perceptions on Beyond GDP approach. MERGE Deliverable 4.1.

<https://doi.org/10.5281/zenodo.14011716>

Kallis, G.; Hickel, J.; O'Neill, D.; Jackson, T.; Victor, P.; Raworth, K.; Schor, J.; Steinberger, J.; Ürge-Vorsatz, D. (2025): Post-growth: the science of wellbeing within planetary boundaries. *Lancet Planetary Health*, 9(1), e62–e78.

Kubiszewski, I.; Costanza, R.; Franco, C. et al. (2013): Beyond GDP: measuring and achieving global genuine progress. *Ecological Economics*, 93, 57–68.

McClure, T. (2021): New Zealand's 'wellbeing budget' made headlines, but what really changed? *The Guardian*.
<https://www.theguardian.com/world/2021/apr/10/new-zealands-wellbeing-budget-made-headlines-but-what-really-changed>

New Zealand Government (2019): The Wellbeing Budget.
<https://www.treasury.govt.nz/sites/default/files/2019-06/b19-wellbeing-budget.pdf>

Oxford Poverty and Human Development Initiative (OPHI) (o. D.): Gross National Happiness.
<https://ophi.org.uk/gross-national-happiness>

Rum, I.; Hoekstra, R.; Jansen, A.; Eastoe, J.; Kubiszewski, I.; Costanza, R.; Kaufmann, R.; Biggeri, M. (2024): Are Beyond-GDP metrics converging? Consolidation of the measurement of sustainable and inclusive wellbeing. MERGE Deliverable D1.1.
<https://mergeproject.eu/wp-content/uploads/2024/09/Are-Beyond-GDP-metrics-converging-D1.1.pdf>

Silvi, M.; Bleys, B. (2024): Policy Brief: Public support for Beyond GDP indicators and policy frameworks in the European Union. MERGE Project Deliverable 4.2.
<https://mergeproject.eu/>

Stiglitz, J.; Sen, A.; Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf>

Sullivan, H. (2024): What happened to Bhutan's 'kingdom of happiness'? *The Guardian*.
<https://www.theguardian.com/world/2024/oct/30/bhutan-what-happened-to-the-kingdom-of-happiness>

The Treasury – New Zealand Government (2025): Measuring wellbeing: the Living Standards Framework Dashboard.
<https://www.treasury.govt.nz/information-and-services/nz-economy/higher-living-standards/measuring-wellbeing-lsf-dashboard>

Welsh Parliament (o. D.): Well-being of Future Generations (Wales) Act 2015 – Post-legislative scrutiny.
<https://business.senedd.wales/documents/s163279/SWFGA%2035%20Size%20of%20Wales.pdf>

Wellbeing Economy Alliance (WEAll) (2022): What is a Wellbeing Economy?
<https://weall.org/what-is-wellbeing-economy>

Wiedenhofer, D.; Virág, D.; Kalt, G. et al. (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part I: bibliometric and conceptual mapping. *Environmental Research Letters*, 15, 063002.



Kontakt

Maria Langsenlehner

Maria.langsenlehner@umweltdachverband.at

Katharina Wiese

Katharina.wiese@eeb.org

Herausgeber: [Umweltdachverband](#)

Medieninhaber: Umweltdachverband
und [European Environmental Bureau \(EEB\)](#)

Redaktion: Maria Langsenlehner
und Katharina Wiese

Grafik: Sacha Gillen

Lektorat: Tina Leonhard

Copyrights: Quellen der Grafiken werden
auf den jeweiligen Seiten angegeben

Mit Unterstützung vom [Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft, Klima- und
Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft](#)

Wien, 2026